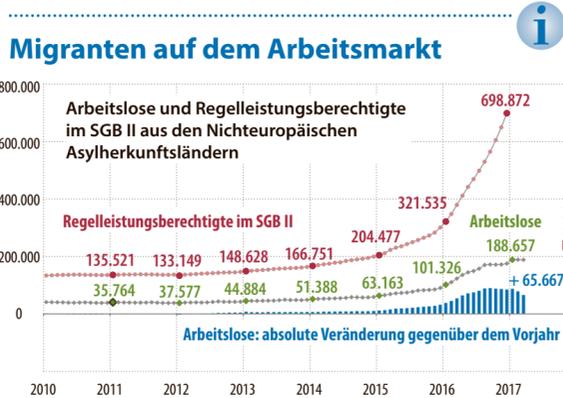


Arbeitsuchende vor Jobcenter: 700.000 Asylanten auf Hartz IV?



„Nur unzureichend fähig“ Arbeitsmarktanalyse: Asylzuwanderer mit großem Beschäftigungsdefizit

MATHIAS PELLACK

Die Flüchtlinge, die 2015 gekommen sind, seien „nach der Wiedereingliederung das Zweitbeste, was Deutschland passieren konnte, um seine Perspektiven zu verbessern und zukunfts-fähig zu bleiben“, erklärte David Folkerts-Landau bei der Vorstellung des Wirtschaftsausblicks der Deutschen Bank vor anderthalb Jahren in Frankfurt. Der Chefvolkswirt des größten deutschen Geldhauses schränkte aber schon damals vorsorglich ein: Ihm sei bewusst, „welche Herausforderung es ist, Hunderttausende Menschen aufzunehmen“.

Was der Harvard- und Princeton-Absolvent damit meinte, spürt die Bundesagentur für Arbeit (BA) immer mehr. Seit 2016 gibt es in Deutschland 133 Prozent mehr Sozialleistungsbezieher, die nicht aus Europa stammen. Den fast 700.000 Hartz-IV-berechtigten Asylinwanderern aus Syrien, Irak oder Afghanistan stehen aber nur 131.000 sozialversicherungspflichtige (SV) Beschäftigte aus den genannten und weiteren Asylherkunftsländern gegenüber.

Die neuerlich von der BA verfeinerte Statistik schlüsselt – beginnend mit Januar 2011 – die erwerbslosen und leistungsbeziehenden Ausländer nach ihren Herkunftsländern auf. Was daraus ersichtlich wird, übertrifft alle Befürchtungen von Pessimisten. Drei von vier Syrern belasten das Sozialsystem durch Hartz-Bezüge. Nur 6,5 Prozent haben eine SV-Arbeit – zahlen also in den Topf, aus dem sie unterhalten werden, zumindest etwas ein. Unter den Deutschen und Eingebürgerten herrscht eine vergleichsweise hohe Beschäftigungsquote von 59,9 Prozent. Nur 7,3 Prozent erhalten Unterstützung.

Das arbeitgeberfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) entschuldigt die niedrige Beschäftigungszahl der Flüchtlinge und argumentiert mit einer Umfrage: Dies liegt „zu 86 Prozent an

den mangelnden Deutschkenntnissen“. Lage es aber nur an der Sprache, müßten andere Ausländergruppen ähnliche Werte aufweisen. Selbst die oft in den Medien auftauchenden EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien sind zu 53,9 beziehungsweise 43,6 Prozent SV-Einzahler. Ihre Arbeitslosenquote liegt bei 9,1 beziehungsweise 26 Prozent.

Die Kenntnis des lateinischen Alphabets ist ein Vorteil, aber als Grund für das schlechte Abschneiden der Syrer – auch relativ zu den kyrillisch schreibenden Bulgaren – reicht dieser Erklärungsansatz nicht. Denn auch die ab 1960 eingewanderten Gastarbeiter aus der „lateinischen“ Türkei zahlen im Schnitt nur zu 42,7 Prozent in den SV-Topf ein. 19,3 Prozent sind arbeitslos.

Zwei Drittel Analphabeten

Ludger Wößmann, Leiter des Ifo-Zentrums für Bildungsökonomik, schätzt den Anteil der funktionalen Analphabeten auf zwei Drittel der syrischen Schüler. Grundlage sind 2011 von der OECD erstellte Gutachten wie Pisa und Timss. In Deutschland seien nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung „unzureichend fähig“ in Schriftsprache und Grundrechenarten.

Bei den EU-Ausländern der Osterweiterungen von 2004, 2007 und 2013 sind 48,9 Prozent Einzahler in die Sozialversicherung. Von den Immigranten aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern tragen hingegen nur 12,2 Prozent etwas zu den gemeinschaftlichen Sicherungssystemen bei. Das ist eine Beteiligung von lediglich einem Viertel dessen, was durchschnittliche Einwanderer in Deutschland zusteueren. Zusätzlich wird die exponentielle Vermehrung der ausländischen Sozialleistungsbezieher vor allem die Kommunen belasten, welche Träger der zuständigen Jobcenter sind. Jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge erwirtschafteten Gemeinden 2016 5,4 Milliarden Euro

Überschuß – 2,2 Milliarden mehr als im Vorjahr. Dieses Plus wird der guten konjunkturellen Entwicklung zugeschrieben. Und ob die Flüchtlinge Deutschland verlassen, wenn die Konjunktur abflaut, ist fraglich. Fest steht, daß es von 2015 zu 2016 eine Steigerung der Sozialausgaben von 5,2 Milliarden Euro gab.

Das Konzept der künftigen Einbürgerung potentieller Beitragszahler sieht der Direktor des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht (MPISOC), Axel Börsch-Supan, positiv. Da mehr als die Hälfte der Flüchtlinge jünger als 25 Jahre sei, würden sie „noch 40 Jahre lang Beiträge zahlen – also genau in dem Zeitraum, in dem die Babyboomer in den Ruhestand gehen und die Rentenkasse stark belasten“, so der Ökonom in der FAZ. „Nach fünf Jahren ist die Hälfte der Asylbewerber in den Arbeitsmarkt integriert. Bei einer Million arbeitsfähigen Flüchtlingen sind das 500.000 Arbeitslose“, meinte Börsch-Supan. Und das sei nur der ungünstigste Fall, denn „wenn wir die Hürden für die Arbeitsaufnahme senken und uns bei der Jobvermittlung anstrengen, können es am Ende sogar noch sehr viel weniger sein“.

Zynisch ließe sich die Aussage des MPI-Direktors so zusammenfassen: „Während DHL, Hermes und DPD händelnd nach Paketboten suchen, sitzen arbeitswillige Syrer bei lästigen Deutschkursen herum.“ Die arbeitsmarkttechnische Integrationsfähigkeit der jüngsten Asylinwanderer ist aber noch zu beweisen. Ein weiteres Absenken der Ausbildungsanforderungen dürfte den lautstark beklagten Fachkräftemangel sicher nicht lindern. Positiv fallen hingegen Ungarn, Kroaten und Slowenen auf: Ihre Arbeitslosenquoten sind geringer als die der Deutschen und Eingebürgerten. Sie sind bis zu 56,5 Prozent SV-Beitragszahler und liegen damit nur 3,4 Prozentpunkte unter den Deutschen.

„Arbeitsmarkt kompakt – Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt“: statistik.arbeitsagentur.de

Zahlungsbereitschaft für „Made in USA“ stark

WASHINGTON. Mit seiner 24. Executive Order „Buy American and Hire American“ hat Donald Trump die Bundesbehörden und Ministerien angewiesen, binnen 150 Tagen Vorschläge für weitere Gesetze zu machen, damit mehr Aufträge an US-Firmen gehen und mehr heimische Produkte gekauft werden. Ökonomen warnen, daß dies zu Preiserhöhungen führen wird. Laut einer Report-Linker-Umfrage ist es aber für drei Viertel der US-Bürger wichtig, woher ihre Einkäufe stammen. Bei Nahrungsmitteln bevorzugten 76 Prozent „Made in USA“, bei Werkzeugen, Kosmetik, Kleidung und Autos etwa die Hälfte heimische Produkte. 57 Prozent der Befragten sind dabei bereit, einen höheren Preis für US-Waren zu bezahlen. Bei der älteren Generation würden sogar 62 Prozent einen Preisaufschlag zahlen. Trump will mit seinem Dekret vom 18. April zudem erreichen, daß künftig die von Bill Clinton liberalisierten H-1B-Arbeitsvisa von Firmen nicht mehr dazu genutzt werden können, „Amerikaner zu ersetzen“. Das erste Buy-American-Gesetz (41 U.S.C.) wurde im März 1933 von US-Präsident Herbert Hoover unterzeichnet. (mp) www.reportlinker.com/insight/

Bei der Rentenzahlung kommt das Erwachen

REMAGEN. Der Sozialexperte Gerd Bosbach hält das geplante Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG) für eine Mogelpackung. „Die Arbeitgeber erhalten vom Staat einen Zuschuß von 30 Prozent, wenn sie für Geringverdiener 240 bis 480 Euro im Jahr in die betriebliche Altersvorsorge einzahlen“, erklärte der Statistikprofessor vom RheinAhrCampus im Branchenmagazin *Druck+Papier* (2/17). Die Zuschüsse zahlen die Steuerzahler. Schon ein Teil der 16 Millionen Riester-Verträge sei stillgelegt, neue kommen kaum hinzu. Nun sorgt die Bundesregierung durch das neue Gesetz dafür, „daß den privaten Versicherungen wieder neue Kunden und damit frisches Geld zugetrieben wird“, so Bosbach. „Bei der Auszahlung der Betriebsrente kommt das Erwachen: Auf den Betrag werden dann Steuern fällig.“ Der Arbeitgeber müsse zudem keine Garantie für eine bestimmte Höhe der Betriebsrenten abgeben. (fis) www.luegen-mit-zahlen.de

Zahl der Woche

Mit etwa 27.000 Hektar Anbaufläche ist Spargel das Gemüse Nummer eins in Deutschland. 2016 wurden 120.000 Tonnen geerntet. Hauptanbaugelände sind Niedersachsen (5.930 Hektar), Brandenburg (4.410), Nordrhein-Westfalen (4.310) und Bayern (3.740).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zwei Seiten einer Medaille

Außenhandel: Beim IWF-Frühjahrstreffen wurde über die deutschen Exportüberschüsse debattiert / Wachsende Forderungen im Ausland

DIRK MEYER

Deutschland hat 2016 China von der Spitze verdrängt und darf sich wieder Exportweltmeister nennen: Waren für 1,2 Billionen Euro wurden ausgeführt – 252 Milliarden Euro mehr als eingeführt wurden. Der Leistungsbilanzüberschuß betrug etwa acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Hauptzielland waren mit 106,9 Milliarden Euro die USA, die trotz „Dieselgate“ mit 548.508 Pkw (2015: 618.759) weiter der zweitwichtigste Automarkt der deutschen Industrie sind.

Was deutsche Wirtschaftsvertreter und Politiker als Ausdruck von Wirtschaftsstärke sehen, wertet nicht nur US-Präsident Donald Trump als Folge einer Währungsmanipulation – der bewußt verbilligte Euro erleichtert der deutschen Industrie den Absatz. Christine Lagarde,

frühere französische Finanzministerin und Direktorin sowie Gastgeberin der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, forderte erneut als Gegenmaßnahme eine Stärkung des Konsums sowie höhere Investitionen in Deutschland.

Aber was ist von den Vorwürfen zu halten? Produkte „Made in Germany“ sind für das Ausland attraktiv: Kostengünstig und qualitativ hochwertig, für Amerikaner durch den niedrigen Eurokurs zusätzlich begehrter. Aber auch ohne „Währungsmanipulation“ wurden 2016 in den Eurostaaten über 1,6 Millionen deutsche Autos abgesetzt. Deutschland hat – etwa im Gegensatz zu Frankreich – seine Wirtschaftsreformen bislang gut im Griff, und die Gewerkschaften halten die Lohnforderungen im Rahmen. Auch ist der Vorwurf einer Wettbewerbsmanipulation durch

Dumpingmaßnahmen nicht haltbar. Eine vergleichsweise hohe Steuer- und Abgabenlast von etwa 40 Prozent sowie überdurchschnittliche Umweltschutz- und Sicherheitsstandards sind kein Indiz für Exportförderung. Der Importdruck von Dumpingstahl aus China trifft die USA genauso wie Deutschland.

Der niedrige Eurokurs hilft den deutschen Exporteuren

Aber Trumps Fokus auf den Euro ist dennoch nicht ganz unberechtigt. Die Einheitswährung erfordert eine Geldpolitik, die für alle Mitgliedstaaten der Währungsunion paßt. Zahlungsbilanzungleichgewichte und unterschiedliche Konjunkturlagen sind ein Zeichen dafür, daß die Geldpolitik keinesfalls für alle paßgerecht ist. Die Bundesbank zeigt in einer Studie, daß die Abwertung des

Euro gegenüber dem Dollar von 2014 auf 2016 um 16,7 Prozent zu knapp einem Drittel durch das Anleiheankaufprogramm der EZB verursacht sein dürfte. Dieses soll die schwachen Eurostaaten stützen. Zudem hat die Straffung der US-Geldpolitik den Eurokurs geschwächt. Die Bundesbank schätzt den Abwertungseffekt hierbei auf 6,8 Prozent. Letzteres unterschlägt Trump. Dennoch: Nach Angaben der OECD liegt der Euro für Deutschland etwa um 20 Prozent unterbewertet, also zu billig.

Aus deutscher Sicht ist die Kehrseite des Exporterfolges wesentlich wichtiger. Seit Euro-Einführung haben sich die Exportüberschüsse verdreifacht. Damit geht aber ein Aufbau von Forderungen gegenüber dem Ausland einher, also eine Anlage in Vermögenswerten. Nur zu einem geringen Teil fließt dieses Geld in risikoreiche, aber sehr profitable Di-

rektinvestitionen (Mercedes-Werk/Alabama, Siemens-Beteiligungen).

Ausländische Staatsanleihen und Finanzmarktpapiere sind hingegen renditeschwach und im Rahmen der Euro-Rettungshilfen stark ausfallgefährdet. Da sich zur Finanzierung der griechischen oder italienischen Importe (mit 300.000 Stück größter Absatzmarkt der deutschen Autoindustrie in der Eurozone) teilweise keine privaten Geldgeber finden, finanziert die EZB diese Kredite. Der dies widerspiegelnde Target-Saldo beträgt 830 Milliarden Euro. Damit liegt über die Hälfte des Nettoauslandsvermögens in fragilen Forderungen des Eurosystems. Bei Insolvenz eines Eurostaates oder dem Zusammenbruch des Euros würden diese Forderungen verloren sein.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Junge Leser fördern

»Wir lesen die JUNGE FREIHEIT, weil sie mutig Themen anpackt, die andere Medien ausblenden.«



Ins Förder-Abo wechseln

Ja, ich werde Förderabonnent!

Coupon ausfüllen und einsenden:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG
Leserdienst
Hohenzollerndamm 27a
10713 Berlin

Rufen Sie gern an:
Sandra Schulz, Leserdienst
☎ 030/86 49 53-42
Fax 030/86 49 53-50

Ich möchte vom Normal-Abo auf das Förder-Abo umsteigen

Mit meinem Förderabo (18,50 EUR vierteljährlich mehr als das Normalabo) unterstütze ich junge Leser der JF, die sich sonst kein Abonnement leisten könnten.

Anschrift

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum

Unterschrift